



1. Regelmäßige Ordnungsmaßnahmen (inkl. Verhängung von Bußgeldern) zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum
2. Streetworker und Jugendtreffs für 13- bis 18-Jährige zur Freizeitgestaltung am späten Nachmittag bis abends nach ihren Vorstellungen (Jugendliche haben keinen Raum!)
3. Frühzeitige Einbindung der AnwohnerInnen in die Planung und Gestaltung öffentlicher Räume / Infrastruktur
4. Verstärkte Information der BürgerInnen im Bereich Umweltschutz und Nutzung erneuerbarer Energien im Wohnungsbau auf verschiedenen Kommunikationswegen
5. Bessere Information über ehrenamtliche Hilfestellung (z.B. Hausaufgabenhilfe, Gartenarbeit) auf unterschiedlichen Kommunikationswegen, z.B. als Austauschbörse, die Jugendliche und SeniorInnen sowie Menschen unterschiedlichen kulturellen Hintergrundes miteinander in Verbindung bringen kann.
6. Mehr einheimische Gehölze für Plätze und Grünanlagen

Folgende Politikerinnen haben diese Beschlüsse entgegen genommen und lassen sie in ihre politische Arbeit einfließen:

Bezirksvertretung: Katharina Reiff (CDU),
Lieselotte Heinrich (SPD),
Cornelie Wittsack-Junge (B'90/Grüne)

Stadtrat: Gisela Manderla (CDU),
Elfi Scho-Antwerpes (SPD),
Brigitta von Bülow (B'90/Grüne)

Landtag: Ingrid Hack (SPD),
Andrea Asch (B'90/Grüne)

Bundestag: Ursula Heinen (CDU),
Dr. Lale Akgün (SPD),
Kerstin Müller (B'90/Grüne)

Europaparlament: Ruth Hieronymi (CDU)

Die Anliegen des Frauenparlaments werden darüber hinaus in den Lokale-Agenda-21-Prozess eingebracht.

11. Frauenparlament in Köln

am 26. Februar 2009 in Köln-Chorweiler

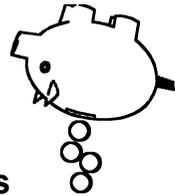
Die Beschlüsse

Im Stadtbezirk Chorweiler kamen zum 11. Frauenparlament in Köln am 26. Februar 2009 ca. 40 engagierte Frauen ins Bezirksrathaus. Auf Einladung von Bezirksbürgermeister Jürgen Kircher (SPD) wurden in vier parallelen Ausschüssen Beschlussvorlagen zu vier Themenbereichen erarbeitet und im anschließenden Plenum diskutiert und verabschiedet:



1. Das Grundgesetz einhaltend geschlechtergerechte, transparente Bezahlung (Stadt Köln und kommunale Betriebe als Vorbild für Unternehmen)
2. Abschaffung von 1-Euro-Jobs/-Arbeitsverhältnissen, faire öffentliche Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Arbeit
3. Gesetzliche Mindestlohngarantie
4. Beitragsfreie, in Qualität und Quantität (Anzahl der Plätze und Öffnungszeiten) bedarfsgerechte Kinderbetreuung bis zur Vollendung der gesetzlichen Schulpflicht
5. Gender Mainstreaming als Pflichtkriterium bei der öffentlichen Auftragsvergabe (Stadt Köln als Vorbild)
6. Quotenregelung und Frauenförderung in Aufsichtsräten und Führungsetagen
7. An den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen orientierte Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort

8. Angemessene Entlohnung und Berücksichtigung für die Rente bei Wahrnehmung von Betreuungsaufgaben für Familienangehörige
9. Förderung und verstärkte Bekanntmachung von nicht-frauen-spezifischen Berufsbildern bei Mädchen ab dem Krippenalter
10. Angleichung der finanziellen Förderung von Existenzgründungen aus Hartz IV an die Förderung aus ALG I



Armut und Soziales

1. ÖPNV:
 - Bezahlbare Tarife im ÖPNV
 - Beibehaltung der bestehenden Bushaltestellen
2. Mitmenschlichkeit:
 - Achtung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund
 - Achtung gegenüber Menschen mit Behinderungen
3. Seniorinnen:
 - Geförderte Seniorinnen-Wohnprojekte
 - Seniorinnen-Begegnungszentren
 - Bezahlbarer Service jenseits der Pflege insb. für Alleinstehende
4. Seniorinnen und Senioren:
 - Den Gang zum Sozialamt erleichtern
 - SeniorInnenführer des Stadtbezirks verbessern (Verständlichkeit, kostenfreie Anzeigen)
5. Armut von Rentnerinnen und Rentnern:
 - Vergünstigungen zur Teilhabe am sozialen Leben bei geringem Einkommen
 - GEZ-Gebührenbefreiung bei geringem Einkommen
6. Kinderbetreuung:
 - Mehr Kindertagesstätten
 - Leichtere Zugänge für Geschwisterkinder in Kitas
 - Mehr Unterstützung für junge Mütter, insb. Alleinerziehende
7. Schule:
 - Tägliches kostenloses Mittagessen für alle Kinder, notfalls statt 10 Euro Kindergelderhöhung

- Qualifizierte Hilfe bei Hausaufgaben unter staatlicher Aufsicht
8. Jugendliche:
 - Mehr Einrichtungen für Jugendliche, auch mit Angeboten zur praktischen Berufsorientierung
 9. Pflege:
 - Mehr Personal und bessere Bezahlung für Pflegepersonal in Krankenhäusern, Seniorenheimen, ambulanten und Hospizdiensten
 - für mehr Zeit und Zuwendung, insb. in den letzten Stunden (Ehrenamt bricht wegen des demographischen Wandels weg.)
 - zur Vermeidung von Pflegefehlern und zur Verbesserung der Pflegequalität



Bildung

1. Ganzheitliche und geschlechterbewusste Förderung von Beginn an durch Eltern und Bildungsinstitutionen, mehr Angebote der Elternbildung
2. Mehr Personal in allen Bildungsformen
3. Bessere Ausbildung und Bezahlung für das pädagogische Personal in allen Bildungsformen
4. Gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Kindern mit entsprechend qualifizierten Lehrkräften ausweiten
5. Gemeinsamer Unterricht aller Kinder bis zur 6. Klasse
6. Unterstützung für Frauen zur Bewerbung auf Beförderungstellen im Öffentlichen Dienst
7. Mehr frühe Sprachförderung (Deutsch und Muttersprache) schon in der Kinderkrippe
8. Mehr Möglichkeiten der Berufserfahrung und Berufsorientierung spätestens ab der 8. Klasse
9. Förderung der Berufsausbildung im dualen System in jedem Alter (demographischer Wandel)
10. Geschlechterbewusster Unterricht und entsprechende Ausbildung des pädagogischen Personals